

Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Isabell Zacharias**, Dr. Thomas Beyer, Dr. Linus Förster, Martin Güll, Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Hans Joachim Werner, Maria Noichl, Annette Karl, Dr. Paul Wengert **SPD**

Mittendrin statt Parallel – Bayerischer Weiterbildungspakt für eine bessere Integration von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund in den bayerischen Arbeitsmarkt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Grundlage der von der Bundesregierung am 22. Oktober 2008 beschlossenen „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ und der Konzeption „Lernen im Lebenslauf“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

- einen Bayerischen Weiterbildungspakt zu initiieren, der Menschen mit Migrationshintergrund bis 2020 proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil an Arbeitsverhältnissen und Dienstverhältnissen beteiligt sowie
- einen landesweiten Weiterbildungsfonds für Menschen mit Migrationshintergrund einzurichten.

Unter Beachtung der sprachlichen, kulturellen und familiären Besonderheiten von Migranten sollen bei der Bundesagentur für Arbeit und ihren Regionaldirektionen für Arbeit verstärkt folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Imagekampagnen zur Verbesserung der Potentiale von Menschen mit Migrationshintergrund
- Patenschafts- und Mentoringprogramme
- Sprachförderprogramme und weitere Brückenmaßnahmen zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Menschen mit Migrationshintergrund

- Maßnahmen zur Verbesserung der Akzeptanz ausländischer Qualifikationen bei Arbeitgebern
- Initiativen zur Chancengleichheit bei der Arbeitsvermittlung und zur Frauenförderung
- zielgruppenspezifische Berufsberatung, Weiterbildungsberatung und Arbeitsvermittlung für Migrantinnen und Migranten
- Maßnahmen zur aktiven Arbeitsmarktzuwanderung von Fachkräften bzw. Hochqualifizierter.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, auf Grundlage der vom BMBF initiierten Programmkomponenten „Prämiengutschein“ (2008) und „Weiterbildungssparen“ (2009) Initiativen zur Erhöhung der Weiterbildungsprämien, der Erweiterung des Vermögensbildungsgesetzes und von Weiterbildungsdarlehen einzuleiten.

Begründung:

Nach Datenlage des Berichtssystems Weiterbildung (BSW) 2007 beteiligen sich Menschen mit Migrationshintergrund seltener an Weiterbildungsmaßnahmen als Deutsche. Ohne präventive und staatlich geförderte Maßnahmen zum Ausbau der Weiterbildung und -qualifizierung bleiben die Chancen von Migrantinnen und Migranten im Arbeitsleben gering. Laut Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IWD) hatten im Jahr 2007 36,1 Prozent der erwerbslosen gering qualifizierten Arbeitskräfte einen Migrationshintergrund. Bei den Mittelqualifizierten lag diese Zahl sogar bei 43,7 Prozent. Die Lage hat sich durch die arbeitmarktbedingten Folgen der Wirtschaftskrise verschlechtert: 16,6 Prozent der 15- bis 65-jährigen Ausländer waren 2009 arbeitslos. Bei gleichaltrigen Deutschen lag die Zahl bei 7,5 Prozent.

Die Rate der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen beruflicher Weiterbildung ist bei Ausländern der zweiten Generation aber deutlich höher als bei Ausländern der ersten Generation, das gilt auch für Eingebürgerte der ersten und zweiten Generation. Dies macht deutlich, dass das Interesse und die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen von dem Grad der Schulbildung und von der beruflichen Qualifikation abhängen.